NEUES FORUM BULLETIN

Nr. 6 01.03.1991

Inhalt

WIR BEDANKEN UNS!

Wir danken den Regierungsparteien für ihre ehrlichen
und offenen Worte vor den Wahlen.
Wir danken für die konsequente Einhaltung und das
Übertreffen der Wahlversprechen.
Wir danken, daß man uns vor den Wahlen nicht
zum Munde redete und uns danach nicht
wie rohe Eier in die Pfanne gehauen hat.
Wir danken dafür, daß die Rentner,
die ihr ganzes Leben hart geschuftet haben,
nicht ins soziale Abseits gedrängt werden.
Wir danken der Industrie für ihre Solidarität und dafür,
daß sie die neuen Bundesländer nicht nur als
Absatzmarkt sieht.
Wir danken für die Unterstützung des Mittelstandes,
der es vor der Wende nicht leicht hatte.
Wir danken für den Erhalt von Arbeitsplätzen und
das gute Funktionieren der Arbeitsämter.
Wir danken dafür, daß die neuen Bundesländer nicht
zur Mülldeponie werden.
Wir danken dafür, daß die Subventionen, die alle
Werktätigen erarbeitet haben, nicht ersatzlos
gestrichen werden.
Wir danken, daß man uns nicht hilflos den
Spekulanten ausliefert.
Wir danken dafür, daß nicht nur die kleinen Leute
die deutsche Einheit bezahlen müssen, sondern auch
die Besserverdienenden.

Wir danken dafür, daß es unseren Menschen nicht schlechter geht als vorher.

Es wird Zeit, daß wir uns bei der Regierung bedanken.
Am 18.3.1991, dem Jahrestag der ersten freien Wahlen in
unserem Landesteil, rufen wir alle Schichten der
Bevölkerung, alle Parteien, Verbände und
Bürgerbewegungen auf, mit uns in den friedlichen
Lobgesang einzustimmen.
Wir werden mit unserem Dank nicht wieder
40 Jahre warten!

Themengruppe Gewerkschaft
NEUES FORUM Prenzlauer Berg Berlin, 25.2.1991

Was wir brauchen, ist eine neue Offenheit

Bericht vom Sachsenforum

Am 16. Februar war ich Zuhörer beim Delegiertentreffen von NEUEM FORUM, Grünen, IfM und Demokratie Jetzt in Dresden. Eine Reihe von Dingen machen mich nachdenklich; Skepsis überwiegt. Das Treffen diente dazu, eine gemeinsame Organisation von Bürgerbewegungen und Grünen auf den Weg zu bringen. Wie war es vorbereitet? Wer hatte es vorbereitet? Welches ist die politische Ausgangslage? Was erhofft man sich von diesem Unternehmen?

Am Anfang ging Werner Schulz auf die Situation ein und verglich die Lage der Deutschen mit zwei Brüdern in einer Badewanne; beide sitzen im warmen Wasser, der kleinere kriegt jetzt sogar die wohlriechende Seife. Jedoch sitzt der größere an der üblichen Stelle, der kleinere muß es sich auf dem Stöpsel bequem machen; beklagt er sich über seine ungewöhnliche Position, so reguliert man sein Wehklagen mit Hilfe der Armaturen. Ein zufälliger Strahl kalten Wassers "beruhigt" den Kleinen. Soll er sich doch freuen, daß er im warmen Wasser der Demokratie baden kann! Es folgten die Darstellungen der Bürgerbewegungen. Peinlichkeit breitete sich aus. Wie zufällig ausgewählt schien der jeweilige Referent, berichtete über Dinge, über die er eigentlich nicht auskunftsfähig war. Keine der Bürgerbewegungen bot ein überzeugendes Bild. Was ist nur aus dem Aufbruch im Herbst 1989 geworden? Finanzberichterstatter, die Erbsenzählern gleichen? Kleinstvereine, die ihre Miete nicht bezahlen können? Vom Konkurs war die Rede, von Leuten, die zu entlassen seien. Dahin ist sie, die Revolution, vorbei, entschwunden! Aber Freunde, sind das wirklich unsere Alltagssorgen? Ist das unsere Wirklichkeit? Dann wurden die Delegierten mit Anträgen konfrontiert. Sie unterschieden sich kaum voneinander; der eine war in den gesunden Farben eines mittleren Grau gehalten; der andere hatte die wunderbare Wirkung eines kräftigen Blaugrau, das in ein tiefes Graublau übergeht. Grün waren sie beide nicht und die hoffnungsvollen Farben des Regenbogens ahnte man nicht einmal am Horizont. Hier war etwas faul im (Frei)Staate Sachsen. Etwas war nicht ausgesprochen. Einer der Anträge wurde schließlich zum "Leitantrag" bestimmt. In ihm hieß es: "In den sächsischen Landesverbänden des NEUEN FORUM, der Grünen, Demokratie Jetzt sowie anderer Bürgerbewegungen und Initiativen in Sachsen, die sich dem folgenden Votum anschließen, wird eine Urabstimmung durchgeführt, mit dem Ziel, eine gemeinsame bürgerbewegt-grüne Organisation in Sachsen zu gründen. "Was ist das für eine Organisation und in welcher Beziehung steht sie zu den Parteien, ist natürlich sofort die Frage. Und hier beginnt das Versteckspiel. Sie ist natürlich eine Partei, von den Grünen wurde das ganz deutlich ausgesprochen. Von den Initiatoren des Treffens mußte um den heißen Brei herumgeredet werden, denn wir haben doch noch ganz deutlich die Diskussion vom vergangenen Jahr in Leipzig im Ohr. Dort war der Dissenz deutlich: Partei ja oder nein, das war damals und das ist heute die Frage. In diesem Punkt müssen wir Position beziehen.

Dann heißt es weiter im Antrag: "Die Gründung erfolgt durch eine Fusion derjenigen Landesverbände, Bewegungen und Initiativen, die mehrheitlich für diese Gründung stimmen und ist offen für alle diejenigen, die sich mit Statut und den politischen Zielen dieser Organisation identifizieren." Ja, gibt es schon ein Statut und sind die politischen Ziele benannt, für die man um das Votum bittet? Nein, das Statut ist nicht erarbeitet und die politischen Ziele sind bescheiden als "bürgerbewegt-grün" bezeichnet. Das klingt nach Gartenlaube. Also wofür eine Urabstimmung, wenn Programm und Statut fehlen. Und jetzt kommt das Eingeständnis, daß man sich doch nicht ganz sicher ist mit diesem Unternehmen: "Basisgruppen können sich durch einzelne Vertreter in diesem Landesverband vertreten lassen, behalten ihre Eigenständigkeit und können auch ihren Namen behalten." Eine vertretene Vertreterlösung! Eine Verlegenheitslösung? Dann wird unklar eine Doppelmitgliedschaft angesprochen, ein Integrationsprozeß erwartet und eine "starke arbeitsfähige politische Alternative zum bestehenden Parteiensystem" erhofft. Damit es keine Mißverständnisse gibt: ich bin nicht gegen ein Zusammengehen der Bürgerbewegungen; ich halte das für richtig und - wenn auch nicht heute und morgen - für notwendig. Aber die Bedingungen des Zusammengehens müssen klargelegt sein und der Charakter der sich bildenden Bewegung muß für jeden erkennbar sein. Auch den, der zu früh kommt, kann das Leben bestrafen. Was ich so schmerzhaft vermißt habe ist:

1. eine politische Analyse der ehemaligen DDR
2. eine kritische Selbstdarstellung der Bürgerbewegungen
3. eine Wertung der Bürgerbewegungen und der Grünen in der Alt-BRD
4. eine Perspektive für die Bürgerbewegungen der ehemaligen DDR

zu 1.

Die Menschen in der ehemaligen DDR hat gegenwärtig eine tiefe Unsicherheit ergriffen. 62% sehen ihren Arbeitsplatz gefährdet (in der Alt-BRD 6%). Die verdeckte und offene Arbeitslosigkeit steigt progressiv; von 40, ja von 50% wird gesprochen, die 62% sind also nicht aus der Luft gegriffen, also auch keine Panikmache. Das ist das Thema Nr.1 in der ehemaligen DDR und ihm müssen wir uns stellen. Wenn wir hier auch nicht auf Alternativen im Einzelnen hinweisen können, so ist doch zumindest unser Protest gefragt. Warum ging nicht ein Protestschreiben von Sachsen aus nach Bonn? Das zweite Problem ist nicht weniger bedrückend: die Mieterhöhungen. Erste Ankündigungen in Berlin (von Data- Domizil) kündigen eine Steigerung auf das 15-fache an. Der Mieterbund erwartet "nur" das 8,5-fache. Nun könnte man mit bundesdeutscher Wirtschaftswundergeste sagen: Das ist alles nicht so schlimm; bist du arbeitslos, dann kriegst du Arbeitslosengeld, bist du nicht in der Lage, deine Miete zu zahlen, dann hilft dir der Staat. Für mich sieht das hier doch anders aus. Was hier übrigbleibt, ist ein Mensch zweiter Klasse, ein Sozialhilfeempfänger. Dieser hat schon heute keinen Mut und morgen kaum noch Hoffnung. Beides führt nicht nur den einzelnen, sondern ganze Länder in die Depression.

Zu 2.:

Eine kritische Selbstdarstellung der Bürgerbewegung klang in Dresden an. Aber sie sah den Mitgliederschwund und den Rückgang von Aktivitäten als Fatum an. Diese Entwicklung ist erstens keine Einzelerscheinung, sondern eine Entwicklung, die alle politischen Parteien und Gruppierungen erfaßt, und zweitens muß das keine Dauererscheinung bleiben. Wenn man die falschen Themen anschneidet, hört niemand zu. Wenn ein Aufruf die Losung von gestern enthält, nimmt niemand an einer Demonstration teil. So wie vor zwei Jahren Pressefreiheit und Reisemöglichkeiten dringend geboten waren, so wie vor einem Jahr - ist es wirklich erst ein Jahr her? - freie Wah-

len oberste Priorität besaßen, so steht heute vor den Bürgern ein ganzes Bündel von Problemen: Arbeitslosigkeit und Mieterhöhungen sind schon genannt, Initiativen zur Erhaltung von Kindergärten sind gefragt, die medizinische Grundversorgung muß gewährleistet werden, Umschulungsmöglichkeiten fehlen noch immer in ausreichendem Maße, die Kommunen brauchen wirksame Hilfe. Nicht eine organisatorische Verfestigung bestehender Organisationsstrukturen brauchen die Bürgerbewegungen, sondern neue Themen und Aufgaben. Dazu bleiben der Golfkrieg und die Kriegsdienstverweigerung ebenso Themen wie die Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen im Baltikum und die Aufarbeitung der DDR-Geschichte.

zu 3.:
Eine Wertung der Bürgerbewegungen in der Alt-BRD darf sich nicht auf die GRÜNEN und ihr Wahldesaster verengen. Es gibt hier doch zwei Seiten der Medaille. Die erste ist die breite Basis der Bürgerbewegungen von der Anti-Atomkraft-Bewegung über die Friedensbewegung bis zu regionalen, lokalen Initiativen. Das ist immer die Basis der Entwicklung. Die zweite Seite sind die Parteistrukturen auf Länder- und auf Bundesebene. Und hier gilt es einen Prozeß des Umdenkens zu beobachten und abzuwarten, ja vielleicht zu befördern. Warum sollten wir hier nicht unsere Erfahrungen als Bürgerbewegung einbringen - aber bitte doch nicht als Partei! Beobachten wir die Politszene genau, so stellen wir eine Parteienmüdigkeit fest. Die SPD hat ihre historischen Wurzeln verloren und gibt sich schlicht als Volkspartei. Die CDU gibt sich schon immer als solche, wobei man sie an das hohe C in ihrem Namen lieber nicht erinnern mag. Erhoffen nicht viele alte und neue Bundesbürger eine Erneuerung der Demokratie von unten?

zu 4.:
Hier liegt die Perspektive der Bürgerbewegungen. Hier liegt die Chance, denn die alte (SED-Parteien-) Verdrossenheit weicht einer neuen (West-Parteien-) Verdrossenheit. Demokratie ist auf eine Parteiendemokratie reduziert. Die Parteien bieten die Alternativen; sagt die eine Partei "ja", muß die andere "nein" sagen. Ihr Verhalten ist von taktischen, insbesondere wahltaktischen Überlegungen geprägt. Demokratie reduziert sich auf den Wahlgang alle 4 Jahre, plebiszitäre Elemente fehlen. Jetzt haben wir zwar die Möglichkeit zu wählen, aber ich finde mich nicht wieder in den Parteiprogrammen. Was wir brauchen, ist eine neue Offenheit, und diese Offenheit kommt immer von unten; sie artikuliert sich in den Bürgerbewegungen: sie wird sichtbar als Protest, sie will nicht immer ein Programm bieten, sie hat keinen ganzheitlichen Anspruch, sie ist nicht das Konzept von Weltverbesserern oder erhebt Anspruch auf eine Ideologie. Sie hat nur eines: sie ist in einer konkreten Lage entstanden und will eine unbefriedigende Situation verändern. Das ist die Perspektive für die Bürgerbewegungen, und deshalb halte ich den verschämten Versuch in Dresden, eine Partei zu bilden, für falsch.

Christian Tietze
NEUES FORUM Berlin

"Zwischen der Macht der Parteien im Staat und ihrer Kraft zur Lösung der Probleme hat sich eine breite Kluft aufgetan. Wahr ist aber auch, daß sich im öffentlichen Bewußtsein die Trennungslinie zwischen Staat und Regierungsparteien immer mehr verwischt. Dies liegt primär daran, daß sich der Einfluß der Parteien quasi fettfleckenartig über nahezu alle staatlichen Institutionen immer weiter ausgebreitet hat. Tatsächliches Verhalten und Einfluß der Parteien auf den Staat haben ihren Ruf begründet, daß sie sich den Staat zur Beute gemacht heben."
Richard von Weizsäcker 1982

Bürgerbewegungen in Brandenburg am Scheideweg?

Der 16.2.91 in Potsdam war der vorläufige Höhepunkt offenbarer Streitigkeiten bürgerbewegter Vertreter des Wahlbündnis 90 in Brandenburg, dessen Wirkung nach außen - durchaus verständlich - lediglich als Chaotentum mißverstanden werden kann. Die Gründe für zunehmend kontroverses Verhalten ergeben sich zum einen aus der bekannten Praxis auf Versammlungen wie dieser und zum anderen aus offenen Fragen des Selbstverständnisses innerhalb der Bürgerbewegungen. Die ständige Frage mit dem Delegiertenschlüssel ist ein Krampf. Wir wollen es noch immer nicht wahrhaben, daß wir wenigen Leute aus den Bürgerbewegungen wirklich nur wenige sind. Und offen zu sagen, daß das so ist, trauen wir uns schon gar nicht. Warum eigentlich nicht? Die Parteien strotzen in diesen Zeiten sozialer Ängste auch nicht gerade vor Aktiven. Eigentlich wäre es ganz einfach: alle Mitglieder der Bürgerbewegungen, die gemeinsam über etwas befinden wollen und sich die Mühe der Anreise machen - wohin auch immer - sollten auch alle eine Stimme haben. Was steht dagegen?
Mit den Anträgen zur Geschäftsordnung haben wir auch unsere Probleme. Jeder hat zu jeder Zeit mit einem Geschäftsordnungsantrag die Chance, ein "Statement" abzufeuern und damit die Versammlung zu blockieren. Was ein Geschäftsordnungsantrag eigentlich ist, spielt kaum eine Rolle. Interessant ist auch jedes Mal das Rätselraten, was denn nun der weitergehende Antrag ist - um hier Fehlschlüsse zu vermeiden, wird der ursprüngliche Antrag überhaupt nicht abgestimmt, sondern durch Zusätze werden Reste von Verständlichkeit hinwegformuliert. So wurde leider auch der entscheidende Antrag, darüber zu reden, was denn das neue "Bündnis 90" eigentlich sein soll, abgewiesen - zugunsten von "Trendabstimmung" und Tagesordnung.
Diese immer wieder auftretenden Mängel und Schwächen sind aber nur mehr Randerscheinung, alles das können wir noch üben, verbessern und lernen. Das Selbstverständnis aber - was waren wir, was sind wir jetzt, wo wollen wir hin? - ist der kompliziertere Teil unserer Probleme. Für eine kurze Zeit waren Bürgerbewegte in freier Initiative (Runde Tische!), dann schon eingespannt in einen Ablauf, den wir eigentlich verändern wollten (Parteienparlamentarismus). Das Wahlbündnis 90 demonstrierte Geschlossenheit, wir hatten ja eigentlich gleiche Ziele und wollten an der Entscheidungsfindung beteiligt sein. Dann kam die Erkenntnis, daß unsere Vorschläge und Anträge noch so gut sein können - sie kommen nicht durch, weil sie von uns stammen und nicht von einer etablierten Partei. Gibt es wirklich nichts mehr zwischen Parlament und "Berufsrevolutionären" mit spektakulären Aktionen auf der Straße? Wir haben erkannt, daß auf kommunaler (bis hin zur Kreis-) Ebene Einfluß möglich ist. Globale Konzepte dafür gibt es nicht. Bei der Urteilsfindung können wir uns von sachlichen Fakten und eigenem Denken leiten lassen, ei-

ne Parteizuordnung ist nicht nötig, Fraktionszwang gibt es nicht und die Beratung in der Basisgruppe ist immer wieder möglich und nötig - sie gibt die Sicherheit. Für Mitglieder der Parteien ist dieses Vorgehen häufig unverständlich, angeblich können sie mit uns kaum oder nicht zusammenarbeiten, weil unsere Reaktionen nicht berechenbar seien. Das stimmt nicht. Wir lehnen lediglich eine Hierarchie ab und sind damit frei von dem Zwang, aus Gründen der Disziplin Fehlentscheidungen mitzutragen (obwohl es einfacher und durchaus verlockend ist, einem Apparat zu gehorchen). Damit können wir auch unbefangen unser Mißfallen über Verhalten, Äußerungen oder Entscheidungen unserer Berufspolitiker in Bonn, aber auch im Lande äußern, wenn wir anderer Auffassung sind. Das kann freilich für diese Politiker unbequem sein - aber bei ihrer Kandidatur mußten sie dieses Verhalten als völlig uns entsprechend einordnen. Warum jedoch sollten wir jetzt einen Parteiaufbau installieren; ist die Basis an ihrem Ort zu blöde zu befinden, welchen Entscheidungen sie sich zuordnen kann, brauchen wir wirklich wieder Politbüros, die uns in die richtige Spur bringen?

Leider haben uns die Wahlen immer stärker veranlaßt, so zu tun, als wären wir eine - wenn auch kleine - Partei. Lösen wir uns von dem Schema, wie eine Partei nur in Legislaturperioden zu denken! Wir brauchen Zusammenarbeit aller Gruppen, ohne sie zu formen, zu beeinflussen und schließlich zu verbiegen. Vierzig Jahre Großversuch DDR müßten uns doch gelehrt haben, daß eine Sache, mag sie auch in den Ansätzen gut gewesen sein, in die Binsen geht, sobald für ihre Durchsetzung ein Machtapparat aufgebaut wird. Eine "Bündnispartei 90" wird zum politischen Kahlschlagprogramm: entweder bedingungslose Zuordnung, oder du stehst draußen. Verbindungen zu unterschiedlichen örtlichen Initiativen sind dann nicht mehr Bestandteil des verflachten Einheits-Bündnisprogramms. Chance für die Zukunft kann nur die Stärkung der Bürgerbewegungen (Gedanke des Netzwerkes und des koordinierenden Dachverbandes) sein.

Aus dieser Sicht ist das beschlußlose Auseinanderlaufen der Potsdamer Delegiertenkonferenz vom 16.2.91 besser als eine notzusammengenagelte neue Organisation.

Dagmar und Martin Hertneck,
NEUES FORUM Fürstenwalde

ZITAT

"Wir brauchen eine Verfassungsdebatte in der Bundesrepublik. Um es ganz konkret zu sagen: Wir werden sehr viel schwierigere Koalitionsverhältnisse bekommen. Konstellationen, in denen unter Umständen über die Parteien über Jahre relativ wenig zu bewegen ist. Verhältnisse, wie wir sie in Italien oder Belgien schon seit Jahrzehnten haben. Ob wir nun über Ampel- oder große Koalition reden, was immer man da will, es sind keine großen Schritte möglich, weil die Parteien sich gegenseitig hindern. In dieser Situation, da hat Schmidt recht, muß man eben den Parteien auch politische Initiativen der Bevölkerung möglich machen. Deshalb bin ich zum Beispiel für ein Volksbegehren auf Bundesebene. Ich bin auch, wie Bettino Craxi in Italien, für eine Direktwahl des Präsidenten und eine mäßige Verstärkung seiner Kompetenzen, um eine weitere politische Kraft, die politisch handeln kann, ins Spiel zu bringen. Wenn man eine Entwicklung zuläßt, in der sich die Parteien gegenseitig mattsetzen können, und gleichzeitig alle Macht den Parteien läßt, dann führt das zu einem Deadlock, zu einem Festzurren, das große Unzufriedenheit bei der Bevölkerung auslösen wird."

Peter Glotz (SPD), taz 22.7.89

Geht's hier um die Wurst?

Am 16.2.91 fand in Potsdam ein Delegiertentreffen von NEUEM FORUM und Demokratie Jetzt statt. Laut Tagesordnung sollte das Bündnis 90 als eigenständige Organisation gegründet werden. Ein entsprechender Programmentwurf von G. Nooke wurde im letzten Bulletin veröffentlicht. Der Geist der Veranstaltung wurde sehr deutlich, als Nooke sagte, die Abgeordneten des Bündnis 90 hätten noch Vertrauen zur Basis, diese sollte sie nicht enttäuschen und endlich ein Bündnis gründen, ansonsten würde diese Initiative von der Fraktion ausgehen. Und die Basis enttäuschte die Abgeordneten nicht. Sie beschloß mehrheitlich, ein Bündnis zu gründen. Was das aber für ein Bündnis sein sollte, ob Netzwerk oder Partei, wußte niemand und eine Diskussion darüber, vom NEUEN FORUM Eberswalde beantragt, wurde mehrheitlich abgelehnt. Das sind Parteistrukturen. Diskussionsbedarf mehrheitlich abgeblockt ist eine Parteispielregel und hat mit Bürgerbewegungsansprüchen nichts zu tun. Die Frage lautete: "Willst Du eine Wurst?", und wenn man "ja" sagt, wundert man sich, daß man plötzlich eine Blutwurst auf dem Teller hat, wo man doch eigentlich eine Leberwurst wollte. Und die, die vorher wissen wollen, was es heute zum Mittagessen gibt, bekommen keine Antwort. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als vom Tisch aufzustehen und zu gehen. Das haben dann auch die Vertreter verschiedener Basisgruppen des NEUEN FORUM getan. Auf diese Art gründet man kein Bündnis von Bürgerbewegungen und -initiativen. So gründet man eine Partei. War es schlechte Vorbereitung oder Planspiel, auf jeden Fall waren sehr viele Texte, die es noch zu diesem Thema gibt, nicht da, z.B. die Thesen von Herrn Fischbeck, das Papier von Ulrike Poppe zu einem Bündnis und der Entwurf des NEUEN FORUM Thüringen. So war die Breite des Angebotes allein auf das Nookepapier beschränkt und das ist wahrlich nicht sehr breit. Nun soll eine Arbeitsgruppe bis zum 16.4.91 diesen Entwurf bürgerbewegter gestalten und bis zum 30.4.91 im Land Brandenburg eine Urabstimmung über den Inhalt der Wurstpelle entscheiden. Es gibt ja auch noch Grützwurst. Und daneben wird es einige Gruppen des NEUEN FORUM geben, die sich aus Zeitmangel an einer weiteren Diskussion nicht beteiligen, Ihnen geht es um Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Initiativen, denn vor der Tür stehen die sozialen Probleme und nicht die nächsten Wahlen.

Bärbel Bohley
24.02.1991

Die politische Unkultur oder War Konrad Weiß ein CIA-Agent?

Die Diskussionskultur innerhalb der Bürgerbewegung tendiert gegen Null. Angetreten, für eine neue politische Kultur des Streites ein Forum für Sachdebatten quer zu den Parteigrenzen zu bilden, verkümmern in den Bürgerbewegungen die Inhalte. Die Hauptsorge der verbliebenen Reste der Bürgerbewegung scheint zu sein: "Wie bekommen wir am schnellsten eine Einheits-Bürgerpartei, genannt Bündnis 90, zusammen?" Wer nicht mitzieht, Fragen nach Inhalten stellt, wird politisch diffamiert. War es im Sommer noch das "Politbüro Bohley, Köppe, Schult" - so von Günter Nooke, Konrad Weiß und Marianne Birthler tituliert -, weil die genannten Personen unverschämter Weise den Parlamentariern und Parlamentarierinnen die Frage gestellt hatten, was damals hinter dem Rücken der Mitglieder mit der SPD verhandelt wurde, so ist es heute Pavel Strohner aus dem Arbeitsausschuß, der ähnlich abserviert wird. Hatte er doch auf dem letzten Landestreffen in Brandenburg, als es um das "Bündnis 90" ging, nach dem Wie und Was gefragt. Er sei wahrscheinlich ein KGB-Agent, aber mindestens von der PDS gesteuert - so Konrad Weiß locker flockig in einem Kreis von Journalisten und Kirchenleuten. Ganz nebenbei kursiert in den Büros von IfM und DJ das Gerücht, "die andere" wäre von der PDS finanziert. Als Grund für diese Annahme wird angegeben, daß die Nähe des Herausgebers Klaus Wolfram zur PDS ja "hinlänglich" bekannt sei. Attacken unter der Gürtellinie. Angriffe dieser Art sind aus den üblen Zeiten des ND gegenüber der Friedensbewegung bekannt: Es ist das alte Muster von den Ferngesteuerten, den Drahtziehern und den Werkzeugen. So wird der Zerfallsprozeß der Bürgerbewegung nicht aufzuhalten sein.

Reinhard Schult, 25.2.91

Modell für ein starkes Bündnis bewegter Bürger

InterviewderPodiumredaktion mit Bärbel Bohley (NEUES FORUM) vom Runden Tisch von unten

Wie und wann entstand die Idee?

Aus der Erkenntnis, daß die kommende Zeit große soziale Probleme bringen wird und man diese nicht den Parteien über lassen kann und darf, hat das NEUE FORUM im August 1990 erstmalig soziale Verbände, Interessenverbände, Bürgerbewe gungen und Initiativen an einen gemeinsamen runden Tisch eingeladen.
Für das NEUE FORUM sind diese Interessenverbände die wirk lichen Partner und die Zusammenarbeit mit ihnen ist das Bündnis, das wir uns wünschen. Bei ihnen ist erfahrungsgemäß die Kompetenz bei allen anstehenden Sachproblemen am größten.
Sie sind die wirklichen Verbündeten der Bürgerbewegung, von ihrem Anliegen her sind sie ja fast Teil von ihr.

Wer wirkt mit?

Augenblicklich treffen sich 16 soziale Verbände, Interessenverbände, Bewegungen und Initiativen am Tisch, u.a. der Arbeitslosenverband, der Mieterverein e.V., die IG Medien, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Behindertenverband, die Grüne Liga, die Vereinigte Linke und der UFV. Auch Parteien wurden immer eingeladen, haben jedoch nur Rede- aber kein Stimmrecht. Der Grund dafür ist, daß wir uns von keiner Partei vereinnahmen lassen, aber mit ihnen zusammenarbeiten wollen, um unsere Interessen durchzusetzen.

Welchen Problemen widmet sich der Runde Tisch von unten?

Mit den wachsenden sozialen Konflikten vor allem in den neuen Bundesländern ergeben sich für uns viele Problemfel der. Zur Zeit unterstützen wir besonders den Mieterverein in seiner Arbeit. Wir müssen die Bürger ermutigen, sich rechtzeitig für sozial verträgliche Mieten einzusetzen, es geht ja dabei um ihr eigenes Interesse. Wir werden auch versuchen, Vertreter von Wohnungsbaugesellschaften an den Tisch zu bekommen, um gemeinsam mit ihnen über Lösungen nachzudenken, die alle Betroffenen mittragen.
Gerade das Thema Mieten zeigt, wie sehr Probleme und damit die Aktionsfelder der einzelnen Verbände ineinandergreifen. Aus Angst vor kommender Arbeitslosigkeit ziehen z.B. jetzt schon kinderreiche Familien in kleinere Wohnungen, in denen dann größere Kinder auf ein eigenes Zimmer verzichten müssen. Auch Behinderte werden sich kaum behindertengerechte Wohnungen leisten können, wenn die Mieten unabhängig von ihrem Einkommen steigen.
Es ist völlig klar, daß nur durch den Zusammenschluß aller beteiligten Gruppen genügend Druck gemacht werden kann, damit die Politiker Entscheidungen für den Bürger treffen.

Der "Runde Tisch von unten"-eine kurze Erklärung zum Selbstverständnis

Der "Runde Tisch von unten" sieht sich in der Tradition der breiten Demokratiebewegung des Jahres 1989/1990 in der damaligen DDR. Unter dem Ruf "Wir sind das Volk" ging es um die gewaltfreie Durchsetzung von demokratischen Rechten und Freiheiten, um soziale Gerechtigkeit, um ökologische Wirtschaftsweisen, um wirkliche Gleichstellung von Frauen und Männern und um eine umfassende Entmilitarisierung. Diese Aufgaben tragen nicht nur nationalen Charakter. Sie sind nur gesamteuropäisch und global lösbar. Am "Runden Tisch von unten" arbeiten Vertreterinnen und Vertreter von Bürgerbewegungen und -initiativen, von sozialen Interessengruppen, Gewerkschaften und Verbänden - vor allem aus den fünf neuen Bundesländern und Berlin - nach demokratischen Grundsätzen zusammen. Der "Runde Tisch von unten" bringt die Anliegen ehemaliger DDR-Bürger im speziellen und der gesamtdeutschen Bevölkerung im allgemeinen zum Ausdruck. Als "Runder Tisch von unten" nehmen wir die berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands auf und machen sie öffentlich. Wir wollen dabei Ansprechpartner und Fürsprecher all jener sein, die mit der Vereinigung Deutschlands vor allem sozial benachteiligt werden. Am "Runden Tisch von unten" wollen wir thematische "Runde Tische" zu allen wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Zu-

sammenlebens einrichten. In seine Arbeit will der "Runde Tisch von unten" Expertinnen und Experten sowie sachverständige Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. Ziel ist es dabei, tragfähige Entscheidungshilfen für die politisch Verantwortlichen in Parlamenten und Regierungen zu erarbeiten. Der "Runde Tisch von unten" soll Solidarität, Zusammenarbeit und eine Informationsbörse zwischen den von ihm vertretenen Organisationen und ihren Mitgliedern herstellen. Gemeinsame parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten der mitarbeitenden Bürgerbewegungen, der sozialen Interessenvertretungen, der Gewerkschaften und Verbände sollen initiiert, koordiniert und organisiert werden. So soll unsere Position öffentlichen Nachdruck erfahren. Der "Runde Tisch von unten" wird Deutschlands Regierende durch die sachliche Analyse der gesellschaftlichen Realität, durch die Formulierung berechtigter und realisierbarer Forderungen der Bevölkerung vor allem aus Deutschlands Osten und durch die Vorstellung von Lösungsvorschlägen kritisch begleiten. Der "Runde Tisch von unten" will so das Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands "von unten" fernab parteipolitischer Machtinteressen mitgestalten. Partei- Unterstützung stehen wir jedoch aufgeschlossen gegenüber.

Presseerklärung

Mieten steigen - Politiker schweigen

Runder Tisch von unten: Weg mit Bonner Mietrechtsbeschlüssen!

Berlin, 18.01.1991. Der "Runde Tisch von unten" sieht in den Bonner Koalitionsbeschlüssen zum Mietrecht in Ostdeutschland eine klaren Bruch des Einigungsvertrages: Mietsteigerungen bis zu 1000 Prozent in den neuen Bundesländern verstoßen klar gegen die Bestimmungen des Einigungsvertrages. Darin ist die soziale Abfederung des Einigungsprozesses und eine schrittweise, sozial verträgliche Anpassung der Mieten in Abhängigkeit von der Einkommensentwicklung vorgeschrieben.

Die 16 am "Runden Tisch von unten" vertretenen sozialen Interessenvertretungen, Gewerkschaften, Bürgerbewegungen und Initiativen, die insgesamt die Interessen von fast einer halben Million Menschen wahrnehmen, befürchten jedoch nun schon 1991 Mietsteigerungen auf bis zu zehn Mark pro Quadratmeter Wohnfläche, sollte Bonn die geplanten Rechtsverordnungen tatsächlich unverändert verabschieden. Die Konsequenzen einer solchen Hau-Ruck-Politik liegen klar auf der Hand. Die aggressive Mietentwicklung verschärft den ohnehin schon schwelenden sozialen Konflikt in den fünf neuen Bundesländern. Die von Arbeitslosigkeit bedrohten und für Niedrigstlöhne arbeitenden Bürger Ostdeutschlands können bei steigenden Lebenshaltungskosten nicht auch noch West-Mieten zahlen. Vor allem den Bewohnern Ost-Berlins droht damit die restlose Verdrängung aus ihrer Stadt durch erheblich zahlungskräftigere West-Mieter. Auch das von der Bonner Koalition gepriesene Wohngeld stellt keine Alternative zu niedrigen Mieten dar: Weder fängt es die Mieterhöhungen voll ab, noch durchschauen viele ehemalige DDR-Bürger das komplizierte Antragsverfahren. Der "Runde Tisch von unten" sieht darin ein durchschaubares Täuschungsmanöver der Bundesregierung, um sich vor der sozialen Verantwortung für Ostdeutschlands Bürger zu drücken.

Der "Runde Tisch von unten" fordert von Bundesregierung und den Regierungen aller 16 Bundesländer:

- Keine Verabschiedung der geplanten Mietrechtsverordnungen!
- Sozial verträgliche Gestaltung der Mieten in Ostdeutschland! Eine maximale Steigerung der Mieten auf drei Mark pro Quadratmeter ist die oberste derzeit zumutbare Grenze!
- Keine weitere Erniedrigung der Bürger Ostdeutschlands durch ein - ohnehin unzureichendes - Wohngeld auf Antrag! Die entsprechenden Gelder sollten vielmehr direkt einer Subventionierung der Miete zukommen.
- Die dringend notwendigen Modernisierungen und Renovierungen dürfen nicht einseitig zu Lasten der Mieter gehen! Bundesregierung und Vermieter dürfen sich nicht vor ihrer sozialen Verantwortung drücken! Statt Milliarden für den Golfkrieg auszugeben, sollten die Mittel in die schnelle Sanierung der ostdeutschen Bausubstanz gesteckt werden.
- Verbot der vollständigen Umlegung von Betriebskosten auf die Miete! Städtische Wohnungsgesellschaften und private Vermieter haben sonst keinen Anreiz, die massenhafte Verschwendung von Wasser, Strom und Heizstoffen einzudämmen.
- Förderung von genossenschaftlichem Eigentum! Bund, Länder, Landkreise und die Gemeinden müssen Wohnungsgenossenschaften mit dem nötigen Startkapital versehen.
- Schenkung oder Verkauf von Wohnungen an ihre Mieter zu niedrigen Preisen! Das würde die Eigeninitiative der Bewohner fördern. Der Verkauf der Wohnungen darf aber nicht zu einer Verabschiedung des Staates von seiner sozialen Verantwortung führen! Bund und Länder müssen entstehende Eigentümer-Gemeinschaften anfangs kräftig finanziell unterstützen!

Die Regierungen werden außerdem aufgefordert, Vorsorge gegen eine mögliche Spekulationswelle zu treffen: Dazu gehört ein gesetzliches Spekulationsverbot für ganz Deutschland, das eine steuerliche Abschöpfung jeglicher Spekulationsgewinne vorsieht, sowie ein generelles Vorkaufsrecht gemeinnütziger Wohnungsbuagesellschaften für alle zum Verkauf stehenden Wohnungen!

Sollten die geplanten Mietrechtsverordnungen im wesentlichen unverändert verabschiedet werden, wird der "Runde Tisch von unten" über gemeinsame Widerstandsaktionen beraten. Dazu könnte dann auch Mietstreik in den 5 neuen Bundesländern und Berlin gehören.

Bei Nachfragen:
Runder Tisch von unten
Haus der Demokratie,
Friedrichstr. 165, O-1080 Berlin
Tel.:
2 29 23 17 (Ost)
2 11 37 19 (West)

Grundsatzerklärung des "Komitees Freies Baltikum"

Das "Komitee Freies Baltikum" hat sich in Berlin am 13.01.91 spontan aus Litauern, Letten, Esten und Deutschen gebildet. Es war der erste Tag einer Mahnwache, nachdem es zu einem brutalen Vorgehen der sowjetischen Armee gegen die friedlichen Bürger Litauens gekommen war. Das Komitee wurde von Menschen unterschiedlicher politischer Orientierung gegründet. Es will die Wiedererlangung der Eigenstaatlichkeit der baltischen Länder unterstützen. Wir sind für Gewaltlosigkeit, Vernunft und Menschlichkeit. Wir verstehen uns als unabhängig von allen Parteien und politischen Organisationen und suchen die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Gruppierungen, die die gleichen Ziele verfolgen. Wir protestieren entschieden gegen die Menschenrechtsverletzungen in den baltischen Republiken. Das durch den Hitler-Stalin-Pakt begonnene Unrecht wurde mit der sowjetischen Annexion der Länder des Baltikums bis heute fortgesetzt. Seit mehr als 50 Jahren sind damit diesen Völkern die elementaren Menschenrechte entzogen. Litauern, Letten und Esten wurde viel Leid und Unrecht zugefügt. Wir fordern den Friedensnobelpreisträger Gorbatschow auf, das Streben nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Völker des Baltikums zu achten und durchzusetzen. Die Anwendung von Gewalt muß sofort beendet werden. Das ist dauerhaft nur möglich durch den Abzug der sowjetischen Streitkräfte. Europa und besonders Deutschland tragen eine politische Mitverantwortung für die Geschicke des Baltikums. Wir fordern die Staaten der EG auf, wirksame Schritte zu unternehmen. Wir solidarisieren uns mit den demokratischen Bewegungen im Baltikum und in anderen Regionen der Sowjetunion, die angetreten sind für Freiheit, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit. Demokratie und Menschenrechte sind nicht teilbar.

Sitz des Komitees:
Haus der Demokratie, Friedrichstraße 165, Zimmer 313,
0-1080 Berlin, Tel.: 2 29 23 17

Volksabstimmung in Litauen

Am Samstag, dem 9.2.1991, hat die Bevölkerung Litauens einen überwältigenden Beweis für ihr Streben nach Unabhängigkeit und Demokratie erbracht. Bei der Volksabstimmung votierten über 90 Prozent für einen souveränen litauischen Staat. Auch die nationalen Minderheiten sprachen sich mehrheitlich dafür aus. Trotz vorheriger sowjetischer Drohgebärden manifestiert sich der Freiheitswille Litauens ungebrochen. Das "Komitee Freies Baltikum" bemüht sich, die baltischen Staaten auf ihrem Weg in die Unabhängigkeit zu unterstützen.

Komitee Freies Baltikum
Berlin, 12.2.1991

"Wir sind an enger Zusammenarbeit interessiert"

Interview mit Sebastian Pflugbeil, MdA

Wie kam es zu der Entscheidung, eine eigene Fraktion zu bilden?

Sieben der elf Abgeordneten unserer Listenverbindung haben auf eine eigene Fraktion Bündnis 90/Grüne verzichtet. Sie sind in eine neue Fraktion gemeinsam mit Grüne/AL aufgebrochen. So sehen wir uns als die formal-rechtmäßigen Aufrechterhalter der Listenverbindung Bündnis 90/Grüne an und fassen es so auf, daß die anderen ausgetreten sind.

Vor der Wahl war aber zu hören, daß Sie mit Grüne/AL eine Fraktion bilden wollen ...?

Dieser Wahlvertrag hat aber ein Problem etwas verklebt. Es war so, daß das Neue Forum an diesem Punkt bei den Wahlvorverhandlungen ständig von seinen kleineren Bündnispartnern überstimmt worden ist. Es gab dort latent Spannungen. Das spiegelte sich auch in einer Vollversammlung des Neuen Forum wider. Dort wurde mit überwältigender Mehrheit empfohlen, nicht sofort eine gemeinsame Fraktion mit Grüne/AL einzugehen. Vielmehr soll eine enge Zusammenarbeit angestrebt werden, um dann aufgrund der praktischen Erfahrungen, z.B. nach einem halben Jahr zu überprüfen, ob es geht oder nicht.

Welche Vorbehalte gegen eine gemeinsame Fraktion haben Sie außerdem?

Wir haben den Eindruck, daß die AL mehr und mehr eine richtige Partei geworden ist. So wird in der Diskussion über die Gründe des schlechten Wahlausganges der Schluß favorisiert, daß zu wenig verbindliche Parteistrukturen existieren. Und auch bei den Grünen meint man, sie wären zu wenig Partei. Unsere Diagnose ist genau umgekehrt. Wir möchten eigentlich weiter in Richtung der Bürgerbewegung Politik machen und müssen mal sehen, wie sich diese unterschiedliche Tendenz in praktischen Details niederschlägt. Nur ein Beispiel: Im Neuen Forum hat das Votum einer Vollversammlung einen ziemlich hohen Rang, höher als das Votum eines Parteivorstandes oder einer Fraktion.

Wie sieht die Zusammenarbeit mit den sieben anderen Abgeordneten Ihrer Listenverbindung aus?

Na ja, es hat natürlich einen kleinen Bruch gegeben, als in einem Abstimmungsverhältnis 6:5 entschieden wurde, daß wir eine gemeinsame Fraktion mit Grüne/AL machen. Wir konnten die Leichtigkeit, mit der über fast die Hälfte der Betroffenen hinweg zur Tagesordnung übergegagen wurde, nicht verstehen. Wir sind nach wie vor interessiert an einer engen Zusammenarbeit und müssen sehen, wie wir das praktisch einlösen können.

Wie kam es nun, daß das Abgeordnetenhaus Ihnen den Fraktionsstatus wegnahm?

Uns wurde einfach mit dem Tagesordnungspunkt 2, der Modifizierung der bestehenden Geschäftsordnung, der Fraktionsstatus aberkannt. Bisher ohne Begrenzung, muß eine Fraktion jetzt mindestens zehn Abgeordnete umfassen. Hingegen würde nach der Logik des Wahlvorganges eine 5-Prozent-Schwelle im Wahlgebiet des Ostteils Berlins vier Leute ausmachen, nämlich fünf Prozent von 80 Abgeordneten. Und das wären wir gerade.

Gehen Sie rechtlich gegen diese Entscheidung vor?

Es wird Verhandlungen geben, analog zu denen im Bundestag mit den Fraktionen Bündnis 90/Grüne und PDS, ob ein Gruppenstatus möglich sein kann, der gewisse Arbeitsmöglichkeiten schafft. Dieses Abschmettern der Fraktion können wir aber nicht so ohne weiteres akzeptieren. Nach Einrichtung eines Landesverfassungsgerichtes hier in Berlin werden wir dort vorsprechen.

Interview: **Christian Heydt**
Junge Welt 16.1.1991

Beschluß der Vollversammlung des NEUEN FORUM Berlinvom 15.12.1990:

(Antrag4b:
Gegenstimmen: 1; Enthaltungen: 2)
"Die Vollversammlung des NEUEN FORUM Berlin empfiehlt seinen Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus, eng mit der Fraktion der AL zusammenzuarbeiten, zum jetzigen Zeitpunkt aber keine gemeinsame Fraktion zu bilden. "(Antrag 4c: Jastimmen: 42; Gegenstimmen: 8; Enthaltungen:10)
"Die konkrete Gestaltung der Zusammenarbeit liegt in der Entscheidungskompetenz der Abgeordneten in Abstimmung mit dem Arbeitsausschuß und dem Sprecherrat."

Offener Brief an die Abgeordneten des NEUEN FORUM i m Berliner Abgeordnetenhaus

Liebe Irena, lieber Sebastian, lieber Reinhard!

Mit Bedauern haben wir erfahren, daß es einen Bruch zwischen den Abgeordneten des Wahlbündnisses Bündnis 90/Grüne/UFV gegeben hat. Ihr seid den Schritt zur gemeinsamen Fraktion mit der AL nicht mitgegangen. Wir bitten Euch, im Sinne einer möglichst wirksamen parlamentarischen Vertretung der Bürgerbewegung, diese Entscheidung nochmals zu überdenken. Ihr beruft Euch auf das Abstimmungsergebnis der VV vom 15.12.90. Dort hatte eine überzeugende Mehrheit sich gegen eine sofortige Vereinigung beider Fraktionen ausgesprochen. Auch einige der Lichtenberger Mitglieder haben so gestimmt. Doch meinten wir, daß wir die Entscheidung zu fällen hätten zwischen einer raschen oder einer späteren Vereinigung beider Fraktionen. Wir wollten einem langsameren Zusammenwachsen den Vorzug geben. Nun ist aber die Lage eine ganz andere. Die Mehrheit der Bündnisfraktion hat sich für ein Zusammengehen mit der AL-Fraktion entschieden. Die Möglichkeit eines langsamen Zusammenwachsens gibt es also nicht mehr. In dieser Situation halten wir unsere Vorbehalte gegen ein rasches Zusammengehen mit den AL-Abgeordneten keineswegs so grundlegend und gravierend, daß wir einen Bruch des Wahlbündnisses dafür in Kauf nehmen. Für uns sind wesentliche Differenzen in Inhalten und Zielen der Politik, die einen solchen Schritt rechtfertigen würden, nicht erkennbar. Wir möchten deutlich zum Ausdruck bringen, daß unser Abstimmungsverhalten vom 15. Dezember nicht dahingehend interpretierbar ist, daß wir Euren Alleingang billigen und unterstützen. Versucht Euch doch bitte vorzustellen, wie unter diesen Umständen praktische Arbeit geleistet werden kann. An wen sollen wir uns denn wenden, wenn wir einen Antrag durchgebracht haben wollen? Diese Trennung führt doch zwangsläufig zu einem Konkurrenzverhalten zwischen der Fraktion und Euch. Hier muß es aber in erster Linie um die Vertretung der Interessen der Berliner gehen. Vielleicht findet Ihr eine Lösung, die uns alle aus dieser unglücklichen Lage befreit.

Die Mitglieder des
NEUEN FORUM Lichtenberg
Berlin, den 10.1.91

Liebe Irena, lieber Sebastian, lieber Reinhard!

Wir teilen die Auffassung des NEUEN FORUM Lichtenberg in vollem Umfange. Auch wir haben sowohl die Pankower MV, bei der Du, Reinhard, anwesend warst, als auch die Berliner MVV nicht als Absage an eine gemeinsame Fraktion, sondern als Votum für ein möglichst allmähliches Zusammengehen interpretiert. Wir finden es sehr bedauerlich, daß Ihr die folgenschwere Entscheidung, eine eigene Gruppe im Abgeordnetenhaus zu bilden, ohne "die Basis" getroffen habt. Immerhin war es sogar der SPD möglich, im Zusammenhang mit der Koalitionsbildung und später der Besetzung der Senatsposten, binnen weniger Wochen mehrere Mitgliederversammlungen einzuberufen, um Entscheidungen zu treffen, die von einer breiten Mehrheit getragen werden. Wir haben mehrfach deutlich gemacht, daß wir jeglichen Versuch, das Bündnis 90 auseinanderzubringen bzw. seitens des NEUEN FORUM eine Sonderrolle zu beanspruchen, ablehnen und sehr schädlich für unser gemeinsames bürgerbewegtes Anliegen halten.

Der Pankower Sprecherrat des Bündnis 90
Berlin, den 12.2.91
PS.: Wir werden das Lichtenberger Schreiben und unsere Zusätze auf der nächsten Pankower MV diskutieren.

OFFENER BRIEF an die Mitglieder des Berliner NEUEN FORUM!

Wie in diesem Bulletin zu lesen, hat der Pankower Sprecherrat des "Bündnis 90" einen Brief an uns, die drei Abgeordneten des NEUEN FORUM im Abgeordnetenhaus geschickt, in dem er seiner Empörung darüber Luft macht, daß wir nicht mit in die gemeinsame Fraktion von AL und Bürgerbewegungen gegangen sind.
Es verwundert schon, daß ein Sprecherrat einer nicht existierenden Organisation - "Bündnis 90" ist ein Wahlbündnis - sich da zu Wort meldet. Noch mehr überrascht dieser Brief, weil die Mehrheit des NEUEN FORUM Pankow die letzte Berliner Vollversammlung, auf der das Problem einer gemeinsamen Fraktion mit der AL diskutiert wurde, boykottiert hat.

Auf dieser Vollversammlung wurde mit einer Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen beschlossen, daß mit der AL zusammengearbeitet, aber vorläufig keine gemeinsame Fraktion gebildet werden soll. Die Art der Zusammenarbeit wurde den Abgeordneten überlassen. Um diese Fragen gemeinsam klären zu können, hatte der Berliner Sprecherrat des NEUEN FORUM den anderen Organisationen des Wahlbündnisses vorgeschlagen, eine gemeinsame Vollversammlung einzuberufen. DJ und UFV hatten abgelehnt. Sie hatten, wie die IFM auch, ihren Abgeordneten die Entscheidung überlassen. Nach der Vollversammlung sprach Uwe Lehmann von der "manipulierten Basis des NEUEN FORUM". Alle von uns während der Gespräche mit der AL angebotenen Kompromißvarianten, wie eine arbeitsteilige Besetzung der Ausschüsse, gemeinsame Fraktionssitzungen, Festlegen auf ein halbes Jahr Probezeit, wurden von der AL abgelehnt: Wenn es zu keiner gemeinsamen Fraktion käme, gäbe es auch keine Zusammenarbeit, sondern Konkurrenz. Warum dieser Druck? Bernd Köppl (Abgeordneter der AL) sprach es deutlich aus: Eine gemeinsame Fraktion sei ein Signal für den Zusammenschluß der Organisationen. Die Parlamentsfraktion müsse dann nur noch ihren Apparat nach unten ausbauen.

So werden vollendete Tatsachen geschaffen, die inhaltliche Auseinandersetzung aber unterbleibt, wie z.B. über die 20 Monate währende Koalition der AL mit der SPD oder über die unterschiedlichen Ansätze von Grüner Partei und Bürgerbewegung. Die AL war auch nicht bereit, vor der Entscheidung über eine gemeinsame Fraktion die Besetzung der Aussüsse und der Mitarbeiterstellen zu besprechen. Jetzt werden es neun Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Westteil und vier aus dem Ostteil sein, die in der gemeinsamen Fraktion Grüne/Bündnis 90 arbeiten.

Ein Bruch zwischen den Abgeordneten aus dem Ostteil war von uns nicht beabsichtigt. Politik hat für uns aber immer noch etwas mit Würde und gegenseitiger Achtung zu tun. Das Vorgehen der AL im Vorfeld der Konstituierung der Fraktion war für uns nicht tragbar, widersprach entschieden unserem Verständnis von Politik.

Die Forderung der Pankower nach einer Basisentscheidung auf einer Mitgliedervollversammlung hätte an die anderen Organisationen und an den Berliner Sprecherrat gerichtet werden müssen und nicht an uns. Wir haben versucht, die oben erwähnte Vollversammlung aller Organisationen zu initiieren und haben uns an die Beschlüsse der Berliner Vollversammlung des NEUEN FORUM gehalten.

Es wäre zu wünschen, daß die Verfasser der Briefe aus Pankow und Lichtenberg das Gespräch mit uns suchen, um über die Gründe für unsere Entscheidung zu diskutieren. Unser Angebot. zu den Sprecherratssitzungen oder in die Vollversammlungen zu kommen, besteht weiterhin für alle.

Reinhard Schult,
Irena Kukutz,
Sebastian Pflugbeil 25.2.91



Spendenaufruf

HOFFNUNG LEBEN

Unbemerkt sterben in diesem Krieg mehr Menschen als der Bildschirm erfassen kann. Die "Zivilisierte Welt" bringt mit ihren Waffentransporten weiteren Tod und neues Verderben in die Wüste. Wir wollen mit unserer Aktion "Hoffnung Leben" den Kindern, Frauen und Männern helfen, die von dem alles zerstörenden Krieg aus ihrer Heimat vertrieben werden. Sammeln wir für Medikamente, Decken, Babynahrung und andere humanitäre Hilfsgüter!

Spenden nimmt entgegen: Aktionskreis gegen den Krieg Erfurt im Büro NEUES FORUM, Anger 23,
oder auf das Konto Nr.: **273058**
BLZ: **820 942 24** (Volksbank Erfurt)

Empfänger:
DJ/Aktionskreis gegen den Krieg,
Kennwort:
"Hoffnung Leben"

Der Krieg ist meistens ganz weit weg.
Der Frieden beginnt ganz nah.
Dieser Aufruf ist Bestandteil einer bundesweiten Hilfsaktion, zu der MdB Vera Wollenberger nach ihrer Nahostreise alle Aktionskreise aufgerufen hat.

Wie wird die Welt regiert und in den Krieg geführt?
Diplomaten belügen Journalisten und glauben es, wenn sie's lesen.
Karl Kraus (1915)

Wenn man dem Teufel, dem der Krieg seit jeher eine reine Passion war, erzählt hätte, daß es einmal Menschen geben werde. die an der Fortsetzung des Krieges ein geschäftliches Interesse haben, das zu verheimlichen sie sich nicht einmal Mühe geben und dessen Ertrag ihnen noch zu gesellschaftlicher Geltung verhilft - so hätte er einen aufgefordert, es seiner Großmutter zu erzählen. Dann aber, wenn er sich von der Tatsache überzeugt hätte, wäre die Hölle vor Scham erglüht und er hätte erkennen müssen, daß er sein Lebtag ein armer Teufel gewesen sei!
Karl Kraus (1915)

EDITORIAL

Die Erfahrung zeigt, daß es dringend nötig ist, sich mit allen Argumenten zur Perspektive der Bürgerbewegung intensiv auseinanderzusetzen. Deshalb setzen wir mit dieser Ausgabe des Bulletins die Diskussion darüber fort und bitten Euch eindringlich, unser / Euer Infoblatt als FORUM für Eure Standpunkte zu verstehen, uns also Beiträge zum Thema (wie auch zu allen anderen!) so schnell wie möglich zuzuschicken! Wir weisen Euch auch darauf hin, daß "Die Andere" in den nächsten Ausgaben ebenfalls verstärkt Beiträge zu dieser Auseinandersetzung veröffentlichen wird. Bitte gebt das Bulletin nach dem Lesen weiter, informiert uns, wenn Ihr mehr Exemplare benötigt, und schickt uns - wenn gewünscht - weitere Adressen, an die wir das Informationsmaterial senden sollen. Wir erwarten Eure rege Mitarbeit!
Die Redaktion